

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. April 1996

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18	Schily, Otto (SPD)	31, 32
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	29, 30	Schwanitz, Rolf (SPD)	21, 24
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Seidenthal, Bodo (SPD)	10, 11
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	19, 20	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . .	7, 23
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	25, 26	Tauss, Jörg (SPD)	14, 22
Kubatschka, Horst (SPD)	4, 5	Teiser, Michael (CDU/CSU)	27, 28
Peters, Lisa (F.D.P.)	12, 13	Dr. Thalheim, Gerald (SPD)	1, 2
Reichardt, Klaus Dieter (Mannheim) (CDU/CSU) .	8, 9	Wallow, Hans (SPD)	3, 6

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

1. Abgeordneter
**Dr. Gerald
Thalheim**
(SPD) Wie viele Arbeitnehmer waren in der Bundesrepublik Deutschland in den zwei zuletzt verfügbaren Erhebungszeiträumen in Betrieben mit bis zu fünf, zwischen sechs und 15, zwischen 15 und 50 und in Betrieben mit über 50 Beschäftigten beschäftigt?
2. Abgeordneter
**Dr. Gerald
Thalheim**
(SPD) Wie werden sich die Zahlen der Arbeitnehmer in den jeweiligen Betriebsgrößenklassen (wie Frage 1) nach Einschätzung der Bundesregierung in den nächsten Jahren entwickeln?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD) Wie ist die Ansiedlung der Führungsebene des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin mit der gültigen Beschlußlage vom Deutschen Bundestag und der Bundesregierung zu vereinbaren, wonach grundsätzlich bei einem in Bonn verbleibenden Ressort die Leitung nur zeitweise in Berlin präsent sein soll, und welche anderen Bonn-Ressorts planen ähnliche Kopfstellen-Modelle?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

4. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD) Aus welchen Gründen ist der deutsche Bedarf an Bestrahlungskapazitäten am Hochflußreaktor (HFR) in Petten in den Niederlanden in den letzten Jahren zurückgegangen?

- | | |
|---|--|
| 5. Abgeordneter
Horst
Kubatschka
(SPD) | Aus welchen Gründen ist die Bundesregierung nicht bereit, dem geplanten IEA Implementing Agreement on Geothermal Energy beizutreten? |
|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

- | | |
|--|---|
| 6. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Sind der Bundesregierung die konkreten Auswirkungen der israelischen Absperrungsmaßnahmen um die Gebiete der palästinensischen Selbstverwaltung auf die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit mit den palästinensischen Gebieten bekannt? |
|--|---|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|---|--|
| 7. Abgeordneter
Manfred
Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Aufgrund welcher neueren Erkenntnisse und Erwägungen hat die Bundesregierung das Rechtshilfeersuchen des Berliner Kammergerichts zur Zeugenvernehmung des iranischen Geheimdienstministers Fallahian nicht nach Teheran übermittelt mit der Begründung, dies könne Übergriffe gegen im Iran lebende deutsche Bürgerinnen und Bürger nach sich ziehen (Reuters, 28. März 1996), obwohl der Generalbundesanwalt entsprechende frühere Vorbehalte in der Bundesregierung gegenüber einem Haftbefehl gegen Minister Fallahian als „Befürchtungen rein politischer Art“ charakterisiert hat, welche die Bundesregierung „nicht mit Fakten anreichern konnte“ (ZDF/heute-journal, 15. März 1996), und welche Erkenntnisse über seitens der iranischen Regierung verantwortete Terroranschläge – etwa im Fall „Mykonos“ – lagen der Bundesregierung bereits am 7. Oktober 1993 vor, aufgrund derer Staatsministers Bernd Schmidbauer bei seinem Treffen mit Minister Fallahian ausweislich des jetzt publizierten Gesprächsprotokolls (FAZ, 28. März 1996) Anlaß zu dem Vorschlag sah, daß zur „politischen Schadensbegrenzung . . . Teheran derartige Aktionen in Deutschland und Europa unterlassen“ solle? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

8. Abgeordneter
Klaus Dieter Reichardt
(Mannheim)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung ergriffen, um die Rhein-Nekkar-Region bei den Vorhaben der Deutschen Bahn AG zum Ausbau des Kombinierten Verkehrs als Ballungszentrum mit der siebtgrößten Einwohnerzahl in der Bundesrepublik Deutschland mit entsprechender Priorität zu berücksichtigen?
9. Abgeordneter
Klaus Dieter Reichardt
(Mannheim)
(CDU/CSU)
- Wie ist der derzeitige Stand der Beschaffung von Flächen durch Erwerb, und in welchem Zeitraum sind weitere Investitionen (Angabe der Höhe) vorgesehen?
10. Abgeordneter
Bodo Seidenthal
(SPD)
- Welche Gründe haben dazu geführt, daß die notwendige Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und der Deutschen Bahn AG hinsichtlich der „Weddeler Schleife“ immer noch nicht vorliegt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit diese kurzfristig erreicht wird?
11. Abgeordneter
Bodo Seidenthal
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Planungen der Deutschen Bahn AG bestätigen, daß bei einer verzögerten Fertigstellung des Streckenteils „Weddeler Schleife“ über 1998 hinaus die ICE-Linie 6 Frankfurt — Berlin an Braunschweig vorbeiführt, und ist ihr bekannt, wie Braunschweig weiterhin als ICE-Haltepunkt erhalten bleibt?
12. Abgeordnete
Lisa Peters
(F.D.P.)
- Welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung einleiten, um die für die deutschen Seehäfen entstehenden erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, die dadurch entstehen, daß die Niederlande eine neue Güterbahnstrecke „Betuwelijn“ vom Hafen Rotterdam bis an das deutsche Schienennetz bei Emmerich planen und für die Trassennutzung bis zur Jahrhundertwende auf niederländischem Gebiet auf Fahrwegkosten verzichten wollen sowie Betriebskostenzuschüsse für neue Ganzzugverbindungen vor allem in das mittel- und osteuropäische Hinterland gewähren wollen, und gegen welches einschlägige EU-Recht verstoßen die vom niederländischen Verkehrsministerium gewährten Beihilfen bei gleichzeitigem Fahrwegkostenverzicht?

13. Abgeordnete
**Lisa
Peters**
(F.D.P.)

Welche Verhandlungen und Zusagen wurden durch die Bundesregierung hinsichtlich der Anbindung der niederländischen Trasse an das deutsche Schienennetz getroffen oder sind beabsichtigt, und wie steht die Bundesregierung zu der Forderung des Zentralverbandes der Deutschen Seehafenbetriebe, mit den auf deutschem Gebiet erforderlichen Baumaßnahmen erst dann zu beginnen, wenn die Wettbewerbsverzerrungen beseitigt sind?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

14. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit Österreich und Kroatien rückkehrwilligen Bosnienflüchtlingen nicht länger die Heimkehr dadurch unmöglich machen, daß für diesen Personenkreis keine Durchreisevisa durch die genannten Länder erteilt werden?

15. Abgeordnete
**Amke
Dietert-Scheuer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie konnte es dazu kommen, daß acht Personen aus Osttimor, die schutzsuchend auf das Gelände der Deutschen Botschaft in Jakarta flüchteten, durch die einheimischen Wachmannschaften umgehend zurückgewiesen und den vor der Botschaft stationierten indonesischen Sicherheitskräften überstellt wurden, obwohl der Bundesregierung bekannt sein dürfte, daß Portugal die Einwohner von Osttimor als seine Staatsbürger anerkennt, in den vergangenen acht Monaten 72 Botschaftsflüchtlingen problemlos Zuflucht in Portugal gewährt hat und die Botschaften der anderen EU-Staaten unter der Zusicherung, alle Zufluchtsuchenden aufzunehmen, um eine freundliche Behandlung von osttimoresischen Flüchtlingen gebeten hatte?

16. Abgeordnete
**Amke
Dietert-Scheuer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Behandlung der zurückgewiesenen Botschaftsflüchtlinge im Gewahrsam der Sicherheitskräfte vor, und wie kann die Bundesregierung trotz evtl. anderslautender Auskünfte der indonesischen Behörden mit Sicherheit

ausschließen, daß die Flüchtlinge nicht doch im Gewahrsam der Sicherheitskräfte gefoltert und mißhandelt wurden, wie dies nach Augenzeugenberichten sofort mit der Verhaftung begann, im Fall einer Person sogar noch, während sie sich noch auf dem Gelände der Deutschen Botschaft befand?

17. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach indonesischem Recht die Forderung von Unabhängigkeit für Osttimor mit lebenslanger Haft bestraft werden kann, wie dies nach Angaben von Amnesty International im Fall von mindestens 24 in unfairen Gerichtsverfahren verurteilten politischen Gefangenen, die derzeit eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen, geschehen ist, und wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die jetzt zurückgewiesenen Botschaftsflüchtlinge nach ihrer Freilassung durch die indonesischen Behörden nicht in nächster Zeit erneut verhaftet oder verfolgt werden, wie dies nach Angaben von Amnesty International in der Vergangenheit mehrfach mit osttimoresischen Botschaftsflüchtlings geschehen ist?

18. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung wegen dieses Vorfalles bei den Wachmannschaften der Botschaft zu ziehen, und wie beabsichtigt sie, in Zukunft – auch in anderen Ländern – zu gewährleisten, daß schutzsuchende Personen nicht aufgrund der Anwesenheit einheimischen Sicherheitspersonals durch das Betreten deutscher Botschaftsgelände gefährdet oder daran gehindert werden?

19. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit wichtige EU-Dokumente zeitgleich nicht nur in englischer und französischer, sondern auch in deutscher Sprache vorgelegt werden?

20. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit die kürzlich vom polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau als „großes Problem“ angesprochene Eigentumsfrage einvernehmlich zwischen Deutschland und Polen gelöst wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

21. Abgeordneter
**Rolf
Schwanitz**
(SPD)
- Wie viele Internierte in den Speziallagern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sowie Verurteilte durch ein Sowjetisches Militärtribunal wurden insbesondere wegen des Ausschließungsgrundes in § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Häftlingshilfegesetzes (HHG) gemäß § 10 Abs. 4 dieses Gesetzes nicht als ehemalige politische Häftlinge anerkannt, und in welchem Verhältnis steht diese Ablehnungszahl zu den insgesamt erteilten Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 HHG?
22. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen (s. Computerzeitung Nr. 16, vom 18. April 1996, S. 24) zu, wonach der Bundesminister des Innern Vorschriften zur Reglementierung von Kryptographie für erforderlich hält, und wie sehen die Überlegungen zu diesen Vorschriften aus?
23. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hinsichtlich welcher der im Zentrum, Reichstagsbereich und Regierungsviertel von Berlin geplanten Tunnel sind zur Mitnutzung als Bunker zivilschutztaktische Gutachten erstellt worden und Subventionen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz vorgesehen, und welche Sicherheitsbedenken hinsichtlich terroristischer Gefährdungen hat das Bundeskriminalamt zu den einzelnen Tunnels jeweils vorgetragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

24. Abgeordneter
**Rolf
Schwanitz**
(SPD)
- Aus welchem Grunde sind vermögensrechtliche Anträge, insbesondere älterer Rehabilitierter, nicht im „Prioritätenkatalog für die Bearbeitung der Anträge nach dem Vermögensgesetz (VermG) und Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG)“ (vgl. Rundbrief des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen Nr. 17 vom 20. April 1995) aufgeführt, wo doch selbst die Bundesregierung die Rehabilitierung und Entschädigung der politisch Verfolgten in der ehemaligen SBZ bzw. DDR zu einer der wichtigsten Aufgaben im Zuge der deutschen Einheit erklärt hat und dies somit auch für die aus einer Rehabilitierung erwachsenden Folgeansprüche gelten muß, und welche Folgen hat das für die Betroffenen?

25. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe sind nach den derzeitigen Berechnungskriterien des Bundesministeriums der Finanzen für sog. „Bruttotransfers nach Ostdeutschland“ seit 1995 derartige „Bruttotransfers“ nach Bayern geflossen?
26. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe sind nach den derzeitigen Berechnungskriterien des Bundesministeriums der Finanzen für sog. „Bruttotransfers nach Ostdeutschland“ seit 1995 derartige „Bruttotransfers“ in das Saarland geflossen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

27. Abgeordneter
Michael Teiser
(CDU/CSU)
- Aus welchen Staaten der Asien-Pazifik-Region neben der Republik Taiwan dürfen z. Z. von deutschen Werften aus politischen Gründen keine Fregatten bzw. U-Boote in Auftrag genommen werden, und welche Gründe sprechen im Einzelfall für die jeweilige Beschränkung?
28. Abgeordneter
Michael Teiser
(CDU/CSU)
- Welche Wettbewerbsnachteile und Umsatzverluste entstehen den deutschen Werftstandorten durch politisch begründete Lieferbeschränkungen im Marineschiffbau, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, entsprechende Nachteile für deutsche Werften zu kompensieren?
29. Abgeordneter
Hans Büttner (Ingolstadt)
(SPD)
- Wie hoch sind die jährlichen Gesamtausgaben sowie die Einnahmeausfälle des Bundes für die Jahre 1993, 1994 und 1995 aufgrund der Förderungsmaßnahmen für Unternehmen in den neuen Bundesländern, insbesondere durch den Investitionszuschuß, die Investitionszulage und die Sonderabschreibungen, wie sie in Tabelle 22 des Jahresgutachtens 1995/96 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aufgelistet sind, und wie viele Arbeitsplätze wurden damit im produzierenden und im Dienstleistungsbereich geschaffen?

30. Abgeordneter
**Hans
Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)**
- Wie hoch ist der Anteil westdeutscher Firmen, die die in Frage 29 aufgeführten Fördermöglichkeiten wahrgenommen haben, und wie viele Arbeitsplätze wurden von diesen Firmen damit im produzierenden und Dienstleistungsbereich zusätzlich geschaffen, ohne daß entsprechende Arbeitsplätze in Westdeutschland dafür abgebaut werden. (Saldo aus neuen Arbeitsplätzen Ost gegenüber abgebauten Arbeitsplätzen im Westen)?
31. Abgeordneter
**Otto
Schily
(SPD)**
- In welchem Umfang trägt die Bundesrepublik Deutschland ein Ausfallrisiko für den in diesem Jahr von deutschen Banken an Rußland vergebenen Kredit in Höhe von 4 Mrd. DM?
32. Abgeordneter
**Otto
Schily
(SPD)**
- Trifft es zu, daß der genannte 4-Mrd.-DM-Kredit ohne Sicherheiten als „Budget-Hilfe“ vergeben worden ist?

Bonn, den 19. April 1996

